

Entschließungsantrag**XXII. GP.-NR****189 IA(E)****2003-07-09**

der Abgeordneten Fuhrmann, Lichtenegger
und Kollegen
betreffend „Fair Play“ für die österreichische Jugend

Jugendliche sollen eine Chance erhalten, Verantwortung in allen Entscheidungsgremien übernehmen zu können. Dazu sind vor allem die politischen Parteien gefordert, junge Menschen an wählbarer Stelle zu nominieren und in gesetzliche Gremien von Kommunal- bis Bundesebene zu entsenden. Zahlreiche Maßnahmen und Entscheidungen der Gesetzgebung betreffen junge Menschen, ohne dass diese unmittelbar in die Entscheidungsfindung oder den Beschluss eingebunden sind. Vor allem im Hinblick auf Beschlüsse, die nachhaltige Auswirkungen auf die Zukunft haben, stellt dies ein Defizit der politischen Entscheidungsfindung und des Gesetzgebungsprozesses dar.

Daher sollen vor der Erarbeitung von Maßnahmen durch die einzelnen Ressorts und vor Beschlussfassung von Gesetzen durch den Nationalrat legitistische Vorhaben verpflichtend auf ihre Jugendverträglichkeit hin geprüft werden. Dadurch werden mögliche negative Auswirkungen von Entscheidungen auf objektive Zukunftsinteressen junger Menschen (z.B. Umweltschäden, Verschuldung, etc.) durch ein spezielles Begutachtungsverfahren (Jugendverträglichkeitsprüfung) geprüft und somit von vornherein ausgeschaltet. Der „Jugend-Check“ neuer Gesetze sichert Fairness zwischen Jung und Alt und die Ausdehnung des Generationenvertrages auf alle politischen Bereiche.

Darüber hinaus muss auch die Einkommenssituation junger Menschen stärker berücksichtigt werden. Eine Umverteilung der Lebensverdienstkurve ist nicht nur im öffentlichen Dienst anzustreben, sondern es müssen Anstrengungen unternommen werden, diesem Vorhaben auch in der Privatwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Politik wird in vermehrtem Ausmaß darauf zu achten haben, dass Jugendliche nicht benachteiligt werden. Man denke da z.B. an die Tarifgestaltung öffentlicher Verkehrseinrichtungen oder anderer öffentlicher Einrichtungen wie z.B. Museen. Ein besonderes Anliegen ist den unterfertigten Abgeordneten die Sicherstellung der Mobilität der jungen Menschen und besonderer verkehrsrechtlicher Rahmenbedingungen: Als positives Beispiel für die Berücksichtigung jugendlicher Ansprüche in der Mobilität wäre in diesem Zusammenhang die Feriennetzkarte der ÖBB zu erwähnen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, Grundlagen für das Vorhaben „Fair Play für die Jugend“ zu schaffen. Dazu gehört das Erlassen von Richtlinien durch die Ressorts zur Überprüfung von Maßnahmen und legistischer Vorhaben auf ihre Jugendverträglichkeit, sofern es sich dabei um Jugend- oder Generationenangelegenheiten handelt.“

Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird ersucht, die Einrichtung von Landes- und Bundesschulgemeinschaftsausschüssen zu ermöglichen, um die Mitsprache und -bestimmung der Schülerinnen und Schüler zu fördern.

Der Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz wird ersucht, eine Evaluierung des Bundesjugendvertretungsgesetzes vorzunehmen und eine verstärkte Einbindung der Bundesjugendvertretung als gesetzlichen Interessensvertreter der österreichischen Jugend sicherzustellen.

Der Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz wird ersucht, eine Evaluierung des Bundesjugendförderungsgesetzes sowie die Überprüfung der Praktikabilität der Abrechnungsmodalitäten in Auftrag zu geben.

Der Bundeskanzler, der Bundesminister für Finanzen sowie der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit werden ersucht, eine Umverteilung der Lebensverdienstkurve im öffentlichen Dienst zu ermöglichen sowie an die Sozialpartner heranzutreten, diesem Vorhaben auch in der Privatwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, bei verkehrsrechtlichen Maßnahmen ein spezielles Augenmerk auf die Mobilitätsbedürfnisse junger Menschen zu legen.“

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Familienausschuss zuzuweisen.